

Deutsches Diktat über Europa heißt Krieg!

Nie wieder!

Hoch die internationale Solidarität!



Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, sich friedlich und ohne Gewalt am Ruder zu halten. In den kapitalistischen Ländern Europas und weltweit sollen die Verluste der Großbanken, Konzerne und Versicherungen auf das Volk, das die Schulden nicht verursacht hat, abgewälzt werden. Mit der Streichung von Sozialleistungen, Kürzung der Renten, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Entlassungen im Millionenmaßstab und vielem mehr soll den Kapitalisten der Profit und das Überleben gesichert werden. Wo die Menschen gegen diese Politik auf die Straße gehen oder in Streik treten, wird mit Polizei und Armee gegen sie vorgegangen.

In der Weltwirtschaftskrise verschärfen sich die Verteilungskämpfe unter den Kapitalisten, Einflussphären und Absatzmärkte müssen gesichert werden. Da wird mit dem Rauswurf aus der Euro-Zone oder der EU gedroht, Volkswirtschaften werden in den Ruin getrieben, Staaten ihrer Souveränität beraubt und ganze Völker ausgeplündert.

Als politisch und ökonomisch stärkste Macht in Europa ist der deutsche Imperialismus immer vorne mit dabei. Was die deutschen Banken, deutsche Beamte und die Bundesregierung in den letzten Jahren beispielsweise in Griechenland veranstaltet haben, ist ungeheuerlich! Auf Geheiß aus Berlin wurden Spardiktate umgesetzt, die Millionen in Erwerbslosigkeit und Armut stürzen. So genannte Rettungsschirme leiten das Geld aus den Staatskassen direkt an die deutschen Banken und Konzerne weiter. Gleichzeitig wird der zahlungsunfähige griechische Staat gezwungen, Rüstungskäufe bei deutschen Firmen in Millionenhöhe zu tätigen. Von der Rückzahlung der im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Besatzungsmacht geraubten Milliarden oder der Begleichung von Entschädigungszahlungen an Griechenland und andere Staaten will man dagegen nichts wissen. Und nachdem aus dem Volk nichts mehr rauszuholen ist, wird die demokratisch gewählte Regierung durch ein williges Schattenkabinett ersetzt. Das ist die Demokratie des Kapitals - früher hätte man einen solchen Vorgang noch als Staatsstreich bezeichnet. Nachdem Griechenland abgewickelt war, fand in Italien etwas Ähnliches statt und auch Länder wie Portugal oder Irland stehen ökonomisch nicht viel besser da.

Verfolgt man die Berichterstattung über einen der vielen EU-Gipfel oder den Wirtschaftsteil einer beliebigen bürgerlichen Tageszeitungen, ist leicht zu erkennen, dass die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten zunehmen und der Umgangston sich verschärft. Die Bundesregierung trägt durch ihre Politik nicht nur zu dieser Verschärfung bei, sie bereitet sich auf die Konsequenzen vor. Die Bundeswehr ist endgültig zu einer Armee im Auslandseinsatz, zu einer Angriffsarmee umgebaut worden. Ihre Waffensysteme sind auf Angriff ausgerichtet, die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, weil sie den Bedürfnissen deutscher Weltpolitik derzeit nicht entspricht. Der Gewaltenapparat - Polizeien, Geheimdienste und Militär - werden grundgesetzwidrig verzahnt und zentralisiert. So zum Beispiel im „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ oder dem neuen „Cyber-Abwehrzentrum“. Die Armee wird illegal im Inland eingesetzt, probt die Niederschlagung von Aufständen und Streiks und sitzt über den sogenannten Heimatschutz in den Rathäusern. Eine bewusste Militarisation in Schulen, Hochschulen und der Gesellschaft allgemein soll Nachwuchs für die Berufsarmee bringen und in der Bevölkerung Akzeptanz für In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr schaffen. Die großen Medien und die Politik schüren Nationalismus und rassistische Vorurteile (vgl. „Döner-Morde“ oder „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“).

Frau Merkel stellt bereits offen in Frage, ob der Frieden in Europa noch lange anhalten wird: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“

Da denkt man fast zwangsläufig an Bertolt Brecht: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem Ersten, noch bewohnbar nach dem Zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem Dritten. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Den Kriegstreibern, den Plünderern und Lippenbekenntnis-Demokraten auf die Finger zu hauen, können wir nur selber tun. Und tun müssen wir es, wenn wir der Ausplünderung und Entrechtung anderer Völker und Staaten entgentreten wollen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen. Auf der Seite der vom deutschen Kapital ausgeplünderten Völker oder auf der Seite derer, die ausplündern?

Wer auf einen „gezügelten“, menschlicheren Kapitalismus hofft, kann lange warten. Wer sich auf dem noch relativen Wohlstand in Deutschland ausruht, vergisst, dass es damit sehr schnell vorbei sein kann und wir auf Kosten anderer „so gut“ leben. Ein Leben auf Kosten anderer ist kein Leben! Es ist unsere Aufgabe, dem Treiben des deutschen Imperialismus ein Ende zu setzen. Die Interessen von Deutsche Bank, Siemens & Co. sind nicht die unseren.

Allzu oft verhindert die Spaltung der fortschrittlichen Jugendbewegung gemeinsame Aktionen und allzu oft verlieren wir uns in Grabenkämpfen um die Einschätzung der einen oder anderen Frage. Es ist bekannt, dass in der deutschen Geschichte vieles anders gelaufen wäre, hätten Antifaschisten und Kriegsgegner sich zum gemeinsamen Kampf entschlossen. Wo Kriege geführt werden und andere auf unsere Kosten verarmen und sterben, haben wir keine Wahl. Da dürfen uns auch Organisationsgrenzen nicht davon abhalten, zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Das Gemeinsame zu suchen, sollte im Interesse aller Kriegsgegner, Demokraten und Antifaschisten liegen – egal ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder parteilos. Es ist insbesondere Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Jugend, dabei voranzugehen und die Spaltung zu überwinden.

Deshalb sagen wir: „Jugend kämpfe vereint gegen deinen größten Feind – den deutschen Imperialismus!“

Wir rufen jede Jugendorganisation, jeden Zusammenschluss von Jugendlichen auf, mit uns gegen deutsches Großmachtstreben zu kämpfen! Dafür wollen wir mit euch in Diskussion und Aktion treten. Diskutiert in euren Organisationen darüber, nehmt Kontakt zu uns auf und lasst uns gemeinsam kämpfen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Jugendsekretariat des Zentralkomitee
www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de

Freie Deutsche Jugend
www.FDJ.de

Jugendaktionsausschuss gegen den Notstand der Republik
www.jugendkongress-notstand-der-republik.de



Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
www.falken-in-no.de